

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 26. 32. Jahrg.

27. Juni 1919.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitag. Abonnementpreis: 1,50 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 2 Mk.

Redaktion:

Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsässerstr. 86-88a. Redaktionsschluss: Montag, Telefon: Amt Norden 4268. Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheidestr. Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die vierspaltige Nonpareilzeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten*

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Die Symptome des Staatsbankrotts. Rundschau. Zum Nürnberger Gewerkschaftskongress. — **Allgemeines:** Ortsberichte: Dresden. Kiel. Nürnberg. Offenbach. — Die photomech. Fächer: Allgemeine Gedanken über die zukünftige Ausbildungsmethode der Chemigraphenlehrlinge. I. Ortsberichte: Leipzig. Lichtdrucker. — **Adressen-Änderungen.** — **Feuilleton:** Eingegangene Schriften. — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

An alle Orts- und Gauvorstände
haben wir am 18. Juni unser Rundschreiben Nr. 64 gesandt, in welchem wir eingehende Mitteilungen über die Unterzeichnung des

Tarifvertrages für das deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe gemacht haben. In diesem Rundschreiben haben wir ferner auch eine Reihe anderer wichtiger Angelegenheiten mitgeteilt, die wir zu beachten bitten. Falls dieses Rundschreiben irgendwo nicht angekommen ist, bitten wir, uns **umgehend** davon Mitteilung zu machen, damit wir dieses noch einmal zusenden können. **Der Verbandsvorstand.**

Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker.

Betrifft **Tarif-Ausschuß.** Kreis 4: Gehilfen-Kreisvertreter: **Hans Renner,** Degerloch-Stuttgart, Werastraße 6.

Orts-Tarifvertreter: Nürnberg, prinzipalsseitig: **Max Heyne,** i. Fa. Zerress & Co., Deutschherrnstraße 17a. Gehilfenseitig: **A. Dunker,** Nürnberg, Müllerstraße 28.

Arbeitsnachweis Stuttgart: Arbeitsnachweisverwalter: **Anton Rühl,** Stuttgart, Rötestraße 39, I. I.

In das Verzeichnis der tariftreuen Firmen sind nachzutragen:

Kreis II:

Otto Felsing, Leipzig-Gohlis.

Karl Schemmel, Dresden.

Harzer Graphische Kunstanstalt, K. Angerstein, Wernigerode.

Berlin, den 17. Juni 1919.

I. A.: **Rich. Köhler,** Geschäftsführer.

Symptome des Staatsbankrotts!

Die Frage, ob bei uns in Deutschland der Staatsbankrott ausbrechen wird oder ob er vermieden werden kann, wird von vielen gestellt. Aber sie zeugt von wenig Einsicht in die gegebene Sachlage und ich möchte sagen von einer gewissen Naivität des Denkens. Denn wir befinden uns bereits mitten in einem Zustand, der alle Zeichen des Bankrotts an sich trägt. Wenn daher Professor Julius Wolf in einem Artikel über finanzpolitische Selbsttäuschung im »Tag« vom 30. April 1919 durch das Mittel einer Auferlegung weiterer Verbrauchs- und Aufwandsteuern die Situation zu retten glaubt und erklärt: »Ein Verzicht auf große indirekte Steuern würde den Staatsbankrott unausweichlich machen«, so liegt darin m. E. offenbar eine Verkennung derjenigen Symptome, die gegenwärtig bereits als Ausdruck indirekter Zahlungsunfähigkeit volkswirtschaftlich in die Erscheinung treten. Und diese Selbsttäuschung besteht nicht nur in national-ökonomischen Kreisen, sondern ist weit darüber hinaus verbreitet. Man glaubt, die Zukunft werde erst darüber entscheiden, ob der Staatsbankrott eintrete und diskutiert darüber, ob unsere Wirtschaft die Lasten werde tragen können, die die Kriegsschuldungen über sie verhängen.

Und doch stehen wir, wie gesagt, bereits in der Gegenwart mitten im Staatsbankrott.

Seine Kennzeichen treten allerdings nicht offen und nackt hervor, sondern verschleiert. Daraus läßt es sich erklären, warum es für die großen Massen des Volkes schwerfällt, die finanzielle Lage richtig zu beurteilen. Die meisten stellen sich unter Staatsbankrott einen Zustand vor, der in der Weise auftritt, daß beispielsweise jemand, der 10000 Mark sein eigen nennt, plötzlich am nächsten Morgen, wenn er erwacht, nichts mehr hat — oder daß der Beamte, der bisher regelmäßig sein Gehalt erhielt, nichts oder nur einen Teil desselben bekommt — oder daß der 5-Milliarden-Tribut, den der Zinsendienst des Reiches erfordert, nicht mehr entrichtet wird; all das würde eine offenkundige Zahlungseinstellung des Reiches bedeuten und zu einer Katastrophe führen, deren Folgen man sich schwer vorstellen kann. Weil sich nun der Vorgang, um den es sich hier handelt, nicht in dieser Weise vollzieht, glauben viele, daß der Staat nach wie vor solvent sei und durchaus allen seinen Verpflichtungen nachkomme, daß also vorläufig wenigstens von einem Bankrott nicht die Rede sein könnte. Sie erkennen das Wesen des Zustandes nicht, in dem sie leben, trotzdem sie seine Folgen und Leiden täglich verspüren.

Ein offener Bankrott, wie er früher vorzukommen pflegte, trat in der Weise zutage, daß der Staat auf den verschiedensten Gebieten seine Zahlungen einstellte. So war es in Preußen nach der Niederlage des Jahres 1806. Die Beamten erhielten nur noch Teile ihres Gehalts, den Rest mußten sie dem Staate stunden. Der Zinsendienst der Staatsschuld wurde reduziert und auch andere Staatsverpflichtungen konnten nicht erfüllt werden. Solche offenen Staatsbankrotte hat es in der Geschichte fast aller Staaten in früheren Zeiten gegeben. Länder, die heute glänzend dastehen, wie z. B. Argentinien, gehörten noch im Anfang der 1890er Jahre zu den insolventen Schuldnern. Von den Staaten der Gegenwart ist es die Sowjet-Republik, die in unabweisbarer Form den offenen Staatsbankrott erklärt hat, indem sie große Geldbeträge wertlos machte, die Anleihen annullierte usw. Aber in anderen vom Kriege heimgesuchten Ländern, zu denen Deutschland gehört, meldet sich dieses Gespenst in anderer Form an. Es tritt nicht offen, sondern verschleiert hervor. Diese für unser gegenwärtiges Staatswesen charakteristische Form des Bankrotts haben wir jetzt näher zu betrachten.

Seine Kennzeichen sind andere als die der unmittelbaren Zahlungseinstellung. Wir sehen ja, wie jetzt während der Revolution die Notenpresse arbeitet und die Geldmittel geschaffen werden, um alle Verpflichtungen zu erfüllen: der Zinsendienst ist aufrecht erhalten, die Kupons werden eingelöst und kein Beamter braucht auf sein Gehalt auch nur eine Stunde länger zu warten als bisher. Ja das Reich zahlt sogar den Arbeitslosen gewaltige Unterstützungen aus, unterhält eine sehr kostspielige Militärmacht und gibt auch sonst für die verschiedensten Zwecke Geld aus, das prompt gezahlt wird.

Wollen wir uns über den heutigen Zustand Klarheit verschaffen, dann müssen wir die Symptome des versteckten Bankrotts auf-

suchen, der in großen Partialwirkungen unser wirtschaftliches und soziales Leben heimsucht und in dessen kalten Schatten die Gegenwart ruht.

Das wichtigste Kennzeichen desselben ist die Erkrankung unseres Geldwesens: die unauffälligste Entwertung der deutschen Reichsmark. Aber wohlgemerkt: nicht das Sinken unserer Valuta an sich ist ein Zeichen des Staatsbankrotts, denn es besteht auch in anderen Ländern, deren Finanzwesen noch gesund und intakt ist, sondern die Tatsache, daß der Staat diesem Sinken bei uns nicht mehr Einhalt zu gebieten vermag, daß er gezwungen ist, die Notenpresse immer weiter in Bewegung zu setzen und dadurch der Entwertung immer weiteren Vorschub zu leisten. So ist es gekommen, daß das deutsche Geld im Ausland 300 Prozent unter der Friedensparität steht, d. h. 3 Mk. zurzeit eigentlich noch weniger wert sind, als früher 1 Mk. Dem entspricht auf der anderen Seite ein ungeheures Goldagio, eine immer größer werdende Differenz zwischen Papier und Metall.

Diese Geldentwertung hat zur Folge, daß der Staat aus eigener Kraft immer weniger fähig wird, im Auslande genügend Nahrungsmittel einzukaufen, um die Bevölkerung zu ernähren und genügend Rohstoffe, um die Industrie zu speisen und in Gang zu setzen. Er kann es noch, aber unter unerhörten Opfern und durch Mittel, die seine finanzielle Abhängigkeit weiter vermehren. Das Reich ist also nur imstande, um den Preis eines gewaltigen Einfuhrzolls, den es dem Auslande gegenüber zu entrichten hat, und der in hohem Maße prohibitiv wirkt, einen Import überhaupt zu ermöglichen.

Der maskierte Staatsbankrott kommt weiter zum Ausdruck in der Bewertung der Kriegsanleihen. Es gelingt nicht mehr, durch staatliche Intervention den Kurs zu halten. Allerdings zahlte vor dem Bekanntwerden des Vorfriedensvertragsentwurfs die Reichsbank für kleine Beträge noch einen Preis von 87½ Prozent. Seit dem 26. Mai aber beträgt der Aufnahmekurs nur noch 80 Prozent, und zwar für Beträge von 2000 Mk., wobei der Verkäufer nachzuweisen hat, daß er Zeichner der Anleihe war. Im freien Markt notierten die Kriegsanleihen damals nicht viel über 80 Prozent. Am 20. Mai war der Kurs auf ca. 73 Prozent gefallen! Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß er weiter sinken wird. Damit tritt eine automatische Verminderung der Anleiheschuld ein. Nehmen wir einmal an, der Kursabfall würde 30 Prozent betragen, dann würden die nahezu 100 Milliarden Mk. Schuldverschreibungen nur noch ca. 70 Milliarden wert sein und diese Verpflichtung ungeheurer privater Vermögensbestandteile würde ohne jede offizielle Annullierung gleichsam von selbst, durch das Wechselspiel von Angebot und Nachfrage, vor sich gegangen sein.

Aber auch in bezug auf die Verpflichtung des Reichs, die Kriegsanleihen zu verzinsen, werden bereits die ersten Symptome des Bankrotts sichtbar. In dem neuen Steuerprogramm der Regierung befindet sich eine zehnprozentige Kapitalertragssteuer, deren Ergebnis auf 1,3 Milliarden geschätzt wird. Das bedeutet eine effektive Heruntersetzung der in Schuld-

verschreibungen verbrieften Staatsverpflichtungen um ein Zehntel. Der bis 1924 als fest garantierte Zins der Kriegsanleihe bleibt zwar nominell auf 5 Proz. bestehen, in Wirklichkeit aber beträgt er, wenn die Steuer eingeführt wird, nur noch 4 1/2 Proz., und das ist sicher erst der Anfang der Zinsreduktion; denn der Riesenbetrag ist auf die Dauer nicht aufzubringen.

Der verschleierte Staatsbankrott tritt weiter in der Impotenz des Reiches und der Einzelstaaten zutage, das Gehalt ihrer Beamten mit den veränderten wirtschaftlichen Anforderungen in Einklang zu bringen. Die Festbesoldeten sind die speziellen Leidtragenden der neuen Zeit in der Staat, der die Garantie eines gewissen Standards of life seiner Beamten übernommen hat, ist nicht mehr imstande, seiner Verpflichtung zur Aufrechterhaltung desselben nachzukommen, ihnen ein Gehalt zu zahlen, das in einem erträglichen Verhältnis zu den Preisen der Lebensnotwendigkeiten und den Anforderungen ihrer Lebenshaltung steht. Die Regierung hat das auch offen zugestanden. So heißt es z. B. in einer Erklärung des preussischen Ministers der öffentlichen Arbeiten an den Deutschen Eisenbahnverband (Mai 1919): »Angesichts der schwierigen Lage, in der sich gegenwärtig der weitaus größte Teil der Bevölkerung befindet, ist das Streben der Eisenbahner nach einer Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse als durchaus berechtigt anzuerkennen. Dies auf dem Wege einer Erhöhung des Einkommens herbeizuführen, ist aber für den Staat unmöglich. Die hierzu erforderlich werdenden Mittel aufzubringen, ist er gänzlich außerstande.« In dieser Begründung liegt nichts anderes als das Eingeständnis des Bankrotts.

Hand in Hand mit der durch den Krieg und die Maßnahmen zur Aufbringung der notwendigen Mittel hervorgerufenen völligen Verschiebung der wirtschaftlichen Verhältnisse geht eine merkwürdige Erscheinung, die vorläufig von unserer Bevölkerung nicht erkannt und nur von wenigen begriffen wird: die Aufsaugung des privaten Reichtums durch die öffentlichen Körper. Wir leben gegenwärtig in einer Zeit, in der es zwar noch nominell, aber nicht mehr de facto reiche Leute gibt. Denn das Vermögen und Einkommen aller derjenigen, die es nicht inzwischen im Auslande in Sicherheit gebracht oder es in ausländischen Staatspapieren und Aktien angelegt haben, — die ja aber auch zum größten Teil inzwischen der Beschlagnahme durch das Reich verfallen sind — oder es schließlich durch verschleierte Bilanzierung und andere Maßnahmen zu verbergen verstanden haben, ist durch eine große Reihe von Forderungen in so hohem Maße vorbelastet, daß eigentlich kaum noch etwas übrig bleibt. Diese Forderungen stellen eine Anzahl von Hypotheken dar, deren Größe noch gar nicht berechnet werden kann. Hierher gehören als erster bevorrechtigter Posten die Entschädigungsansprüche der Entente, die Kriegsunterstützungsansprüche der Verstümmelten, Witwen und Waisen der Gefallenen, der Schulden- und Zinsendienst des Reichs, der Einzelstaaten und Kommunen usw. Diese hypothetisierten Vermögens- und Einkommensquoten ver wandeln alle Kapitalisten in Exkapitalisten.

Das alles sind Symptome des heute bestehenden Zustandes unserer wirtschaftlichen Lage und des mit ihr auf Gedeih und Verderb verbundenen Staatswesens. Ob sie sich vermehren oder vermindern werden, steht dahin. Ich glaube jedoch nicht, daß der Schleier, der die Finanzlage umhüllt, durch die Erklärung des offenen Staatsbankrotts rücksichtslos weggerissen werden wird. Denn dies könnte das Übel nur verschlimmern. So würde sicherlich z. B. die Annullierung der Kriegsanleihen, obgleich sie das Reich von einem gewaltigen Passivposten befreite, katastrophale Folgen haben. Die politische Aufgabe der Regierung

kann daher nicht darin bestehen, den Zustand durch solche Maßregeln zu verschärfen, sondern darin, den verschleierte Bankrott zu organisieren und Maßnahmen zu treffen, die seine Folgen ökonomisch auf ein Minimum reduzieren. Die ganze Staatskunst der Gegenwart wird sich darauf konzentrieren müssen, die Neuordnung der Finanzen in die Wege zu leiten und so im Rahmen des Möglichen den Gesundungsprozeß vorzubereiten. Diese Sanierung unter dem Druck der ungeheuren internationalen Last der Friedensbedingungen durchzuführen, ist jetzt die gewaltige, fast die Kräfte eines Genies übersteigende Aufgabe, die dem neuen Reichsfinanzminister zu lösen obliegt.

Dr. O. Stillich.

Rundschau.

Emil Strobel †. Am 2. Juni starb an Grippe und Halsentzündung einer von der alten Garde der Photographen-ehelichenbewegung, Kollege Emil Strobel. Besonders den älteren Verbandsgenossen der Photographengruppe dürfte Strobel kein Unbekannter sein. Seit Gründung der Gehiltenorganisation 1899 stand er in der vordersten Reihe, unter anderem als Verwaltungsratsmitglied der Photographen Berlins, in der Antifotokommunistenliga, dann als Vorsitzender des Photographen-Gehiltenverbandes und Redakteur des »Graphischen Mitarbeiters«. Bis zuletzt war Strobel noch von den Gehilten in der Firma Rolopact, wo er über ein Jahrzehnt lang beschäftigt war, als Vorstandsmitglied berufen. Außerdem fand die Berliner Gehilfenschar in ihm ihren ständigen Vertreter im Kuratorium der Berliner Photographen. Auch in der Parteibewegung hatte er mehrere Vertrauensämter inne. In seinem letzten Wohnort, Bokow b. Berlin, wirkte er seit der Revolution als Arbeitererrat. Seine besondere, fröhliche Art hat ihm die Achtung und das Andenken seiner Kollegen und Mitbürger gesichert. Die Teilnahme an seiner Beerdigung am 7. Juni wurde durch den Proteststreik gegen die Erschießung Levinés sehr beeinträchtigt, da der Straßenbahnverkehr ruhte. Strobel hinterläßt eine Witwe mit 4 unverstorbenen Kindern. Möge ihn jeder Kollege in seiner Rührigkeit für die Organisation zum Vorbild nehmen.

Die Graphische Jugend, die monatlich erscheinende Zeitung unserer Lehrlingsmitlieder, findet bei unseren Kollegen leider nicht die Beachtung, die ihr im Interesse der Heranbildung unserer jungen zukünftigen Kollegen zukommt. Infolge der Kriegsergebnisse, der Tatsache, daß viele unserer Kollegen bis zur Beendigung des Krieges eingezogen waren, wissen sie gar nicht, daß die Graphische Jugend längst wieder erscheint. Seit September 1916 gibt sie der Verbandsvorstand wieder heraus, nachdem sie seit Kriegsbeginn eingegangen war. Wir bitten daher alle Verbandsfunktionäre, für den Vertrieb der Graph. Jugend genau so tätig zu sein, wie für den der Graphischen Presse und dafür Sorge zu tragen, daß jedes Mitglied der Lehrlingsabteilung auch die ihm zustehende Zeitung bekommt. Nach- oder Neubestellungen sind an die Expedition Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8, zu richten.

Verschmelzung im Unternehmervverband des Steindruckgewerbes. Als eine Nebenwirkung des Tarifabschlusses im Steindruckgewerbe darf der Zusammenschluß der beiden Abteilungen des Verbandes Deutscher Steindruckereibesitzer des Schutzverbandes mit dem Fachverband bereichnet werden. Die beschließende Hauptversammlung des Verbandes fand am 1. Juni in Berlin statt. Wie die »Papier-Zeitung« berichtet, hätten sich die beiden Abteilungen schon seit Monaten mit dem Gedanken beschäftigt, eine Verschmelzung der beiden Abteilungen vorzunehmen. Der an die Mitgliederversammlung des Fachverbandes anschließenden Generaterversammlung des Verbandes wurde eine diesbezügliche Vorlage zur Abstimmung der Satzung unterbreitet. Die wesentlichen Punkte sind folgende: 1. Der Verband Deutscher Steindruckereibesitzer, mit dem Sitz in Leipzig, hat nur eine Art Mitglieder, alle Firmen haben gleichwertige Nutzungsgewinn an den Einrichtungen und Arbeiten beider Abteilungen. 2. Die Beiträge werden von allen Mitgliedern nach der Zahl ihrer beschäftigten Arbeitnehmer in gleicher Höhe entrichtet. 3. Die Organe des Verbandes sind ein Hauptvorstand, ein Ausschuß, eine Hauptversammlung, ein Schiedsgericht. 4. Die Einkünfte des Verbandes fließen zu einem Fünftel in eine Betriebskassenskasse, zu je zwei Fünfteln werden sie für die Ausgaben jeder Abteilung verwendet. Etwaige Überschüsse fließen nach Jahresluß ebenfalls der Betriebskassenskasse zu. Die der Generalversammlung unterbreitete Vorlage wurde einstimmig angenommen. Hierauf wurden die Wahlen vorgenommen, aus denen hervorgehoben sei, daß der bisherige Vorsitzende des Verbandes, Herr Kommerzienrat Carl Reidel, Leipzig, wiedergewählt wurde, der zugleich Vorsitzender der Abteilung Fachverband ist, als Vorsitzender der Abteilung

Schutzverband wurde Herr Dr. Louis Hagelberg, Berlin, wiedergewählt, der zugleich der stellvertretende Vorsitzende des Verbandes ist.

Graphische Ausstellung. Wie der »Korrespondent« berichtet, findet in Amsterdam im Sommer dieses Jahres eine Reklame- und graphische Ausstellung statt, die den Namen »Reclame en grafische Aarbeld Tentoonstelling Amsterdam« (Regata) führt. Da zu dieser Ausstellung auch ausländische Firmen zugelassen werden, so ist dem deutschen graphischen Gewerbe zum ersten Male nach dem Kriege wieder Gelegenheit gegeben, seine Erzeugnisse im Auslande zu zeigen.

Die Photographen und die neue Zeit. Aus Rathenow erfahren wir: Zwischen den hiesigen Photographen und deren Angestellten ist es in einer am Montag abgehaltenen Sitzung über anderweitige Regelung des Arbeitsverhältnisses zu einer friedlichen Regelung gekommen. Danach werden den Angestellten eine monatliche Teuerungszulage von 60 Mk. gewährt. Die wöchentliche Arbeitszeit soll 48 Stunden nicht überschreiten; für die an den Sonntagen geleistete Arbeit erhalten sie an den Wochentagen eine entsprechende Freizeit. Auch soll auf eine mögliche Einschränkung der Sonnenscheinarbeit hingewirkt werden. Auch eine Erweiterung der Ferien, die bisher 8 Tage betragen, wurde zugesprochen, indem für jedes Jahr der Geschäftsmöglichkeit 2 Tage Ferien bewilligt werden. Die Hörsitzerze der zu gewährenden Ferien beträgt 14 Tage. Auch die den Lehrlingen zu bewilligenden Entschädigungen sind neu geregelt worden und betragen im ersten Jahre monatlich 25 Mk., im zweiten Jahr 50 Mk. und im dritten Jahr 75 Mk.

Zum Nürnberger Gewerkschaftskongreß.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie ist vorbei. Es ist im allgemeinen ein müßig verlaufen. Erheblich schärfer werden aber die Gegensätze in der Arbeiterschaft auf dem am 30. Juni zusammen tretenden Gewerkschaftskongreß in Nürnberg aufeinanderprallen. Damit dürfte seine Bedeutung diesmal, trotz der laibhaften Benurteilung über die Erledigung der Friedensverträge in der Öffentlichkeit außerordentlich stark sein. Nach den Vorfällen in einzelnen, besonders in den großen Gewerkschaften, besteht Gefahr, daß politische Unduldsamkeit sich gegen die Zentrale der deutschen Gewerkschaften richten wird, daß auch hier der Versuch gemacht werden soll, das Mitgliedsbuch einer bestimmten politischen Partei als einziges Befähigungszertifikat für gewerkschaftliche Arbeit anzusehen. Was in einzelnen Städten wie Leipzig, Berlin, Bremen usw. schon ausgeführt wurde, das würde der gesamten Gewerkschaftsbewegung nicht zum Segen, ganz sicher aber nicht zur Ehre gereichen. Ein Trost ist, daß einige große Verbände, wie der Bauarbeiter-, Holzarbeiterverband usw. zum Teil sehr gut den alten gewerkschaftlichen Geist gewahrt haben.

An sich böie dieser Gewerkschaftskongreß reichlich Anlaß, Vergleiche mit dem letzten vom Juni 1914 anzustellen. Damals die deutschen Gewerkschaften in schärfster, kaum zu überbietender Opposition gegen die immer trecher werdende Reaktion und heute die Verwirklichung einer großen Anzahl alter gewerkschaftlicher Forderungen, auf deren baldige Erfüllung wir 1914 kaum in den kühnsten Träumen zu hoffen wagen.

Aber alle diese unleugbaren Fortschritte werden auf dieser Tagung kaum eine Rolle spielen. Umso mehr werden infolge der politischen Zerrissenheit der deutschen Arbeiterschaft politische Gegensätze dort zum Austrag kommen. Die Gefahr der Spaltung, die in einigen Verbänden greifbar nahe gerückt ist, droht damit der ganzen deutschen Gewerkschaftsbewegung. Und diese Gegensätze werden sicher schon bei dem Rechenschaftsbericht zum Ausdruck kommen. Weitere Differenzpunkte werden die Behandlung der Richtlinien für die zukünftige Wirksamkeit der Gewerkschaften und die Bestimmungen über die Aufgaben der Betriebsräte bringen. Dabei werden wahrscheinlich einige andere schwerwiegende gewerkschaftliche Fragen nur noch kurz behandelt werden, so wichtig sie auch sonst sind. Das wäre umso bedauerlicher, als der Riesenstrom der neuen Mitglieder und die Durchbildung dieser großen Scharen Sorge zu bereuen. Könnte es etwas Schöneres, Wirkungsvolleres für diesen Zweck geben, als ein harmonisch verlaufener deutscher Gewerkschaftskongreß, dessen Erledigung der praktischen Fragen eine Fundgrube an geistigem Rüstzeug für die Befehrer der neuen Mitglieder würde. Hier würde diese Tagung den einzelnen Verbänden unschätzbare Dienste leisten können. Hoffen wir trotz alledem, daß die Mehrheit der Delegierten den bewährten Geist der deutschen Gewerkschaften hochhalten werden. Nur dann haben wir die Sicherheit, daß das enorm angewachsene Heer der neuen Mitglieder lernen wird, aus ihrer Macht die richtige Nutzenanwendung zu ziehen. Nur wenn die Geschlossenheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung auch in der Zukunft gewahrt bleibt, wird es gelingen, diese damit gewonnene Macht zum Vorteil der Arbeiterschaft anzuwenden. Hoffen wir, daß

der 10. deutsche Gewerkschaftskongreß nicht nur der wichtigste, sondern trotz aller Schwierigkeiten auch der erfolgreichste Gewerkschaftskongreß wird.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Ortsberichte.

Dresden. In gut besuchter Mitgliederversammlung der Lithographen und Steindrucker am 12. Juni nahmen die Kollegen Stellung zum Tarif. Kollege Barthel schilderte zunächst unsere jahrelangen Kämpfe um die Anerkennung des Tarifes, und daß die Unternehmer endlich einsehen gelernt haben, daß unser vollständig darniederliegendes Gewerbe nur durch eine Tarifgemeinschaft wieder gehoben werden könnte. Die Unternehmer sind denn auch mit ganz anderen Vorschlägen zu den Tarifverhandlungen erschienen als 1906, wo man uns die rückständigsten Verhältnisse Süddeutschens als Grundlage anbot. Trotzdem hat es bei den Verhandlungen noch schwere und langwierige Kämpfe gekostet, besonders bei der Arbeitszeit und dem Lohn.

Nachdem Kollege Barthel den Gang der Verhandlungen und das Ergebnis vorgetragen, wurde in der Diskussion von allen Seiten die Neueinführung der Akkord- und Prämienarbeit auf das Entschiedenste verurteilt. Das Allermindeste wäre gewesen, wenn da, wo Akkord nun einmal bestand, derselbe beibehalten werden darf, aber eine Neueinführung dieses fluchwürdigen Systems hätte niemals in den Tarif aufgenommen werden dürfen. Des Weiteren wurde verurteilt, daß der Hauptvorstand die Festlegung der Betriebsräte in den Tarif beantragte, ohne daß die gesamte Gehilfenschaft Kenntnis davon hatte. Es wäre Pflicht des Hauptvorstandes gewesen, die gesamte Kollegenschaft über die beabsichtigte Form der Betriebsräte vorher zu unterrichten, ehe sie tariflich festgelegt werden sollen. Ferner wurde vernüft, daß in dem Tarif kein Wort über die Frauenarbeit gesagt worden sei.

Im Schlußwort betonte Kollege Barthel, obwohl der Tarif noch viele Schönheitsfehler enthalte, würden die Vorteile, die er den Kollegen und dem gesamten Gewerbe biete, die Nachteile überwiegen, und empfahl der Versammlung die Annahme des Tarifes.

In der darauf folgenden Abstimmung wurde der Tarif von 224 abgegebenen Stimmen mit 181 gegen 38 angenommen. (5 Stimmen unglücklich.)

Hierauf wurde folgende, vom Kollegen Koch eingebrachte Resolution einstimmig angenommen:

»Die am 12. Juni 1919 versammelten Lithographen und Steindrucker Dresdens erklären sich für die Annahme des zwischen unserem Verband und dem Verband der Steindruckereibesitzer abgeschlossenen Tarifes. Doch können sie nicht unterlassen, gegen die Zulässigkeit des Stücklohnes und der Prämienarbeit ihren schärfsten Protest zu erheben. Sie fordern schon jetzt, daß bei der nächsten Tarifrevision diese Verschlechterung aus dem Tarif zu verschwinden hat. Sie erklären weiter, daß sie einer Weitereinführung dieser beiden Lohnsysteme in Dresden allen Widerstand entgegenzusetzen werden.

Kiel, Lithographen und Steindrucker. Die am 13. Juni 1919 stattgefundenen Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit dem Tarifvertrag. Allgemein wurde anerkannt, daß letzterer manche Verbesserung gegenüber den beiden ersten Vertragsmustern aufweise. Die Mindestlöhne seien bei den heftigen Verhältnissen zu niedrig, zumal die Regierung an einen Abbau der Preise für die notwendigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel nicht denke, im Gegenteil den Zehnenbaronen weitere Konzessionen zur Erhöhung der Kohlenpreise gemacht habe. Ganz bestimmt haben die Kieler Kollegen erwartet, daß Kiel als eine der teuersten Städte im Reich 25 Proz. Zuschlag erhalten würde, zumal hier bei örtlichen Verhandlungen mit der in Frage kommenden Firma Handorff absolut nichts zu erreichen gewesen sei. Der Absatz: Bei nicht voll leistungsfähigen Gehilfen kann auf begründeten Antrag durch die Kreisvertreter ein behäuftester geringerer Mindestlohn festgelegt werden; der gleiche § 5: für Lehrlinge, die vor Eintritt in die Lehre mindestens 1 Jahr eine Fach- oder Kunstschule als Volksschüler besucht haben, beträgt die Lehrzeit 3 Jahre, könne unsere Zustimmung nicht finden. Die Ferien seien der neuen Zeit nicht angepaßt, da hätte man unbedingt an den Dresden-Anträgen festhalten müssen. Über § 14, Absatz 7, Stücklohn- und Prämienarbeit ist für Lithographen und Maschinenmeister zulässig, erregte sich eine rege Debatte. Alle Kollegen waren der Meinung, daß dieser Absatz absolut undiskutabel sei und nie unsere Zustimmung finden würde. Alles in Allem zeigten die anwesenden Kollegen reges Interesse für den Tarif, forderten aber, daß wir mindestens den Buchdruckerkollegen gleichgestellt werden. Die Abstimmung war geheim, es wurden 10 Stimmen mit ja und 10 mit nein abgegeben.

Nürnberg, Steindrucker und Lithographen. Am 12. Juni fand sich die Nürnberger Kollegenschaft im Saale der goldenen Rose zusammen, um nach dem Bericht des Kollegen Ferkel, München, über die Tarifverhandlungen in Berlin zu entscheiden, ob nach einem 14-jährigen Kampfe die Friedenspräliminarien unterzeichnet werden können. Von dem neuzeitlichen Geiste und dem sozialen Verständnis sei es abhängig, ob die Abmachungen mit ja oder Nein zu beantworten wären.

Kollege Ferkel entledigte sich seines Auftrages in einfacher, jede Beeinflussung unterlassender Weise. Einleitend schilderte er das Bild der gegenseitigen Kämpfe, das diesmal grundverschieden war, gegenüber früheren Verhandlungen und zwar dadurch, daß die Unternehmer mit dem festen Vorsatz gekommen waren, abzuschließen. Nur einmal gingen die Wogen höher und das war bei Erörterung der Lohnpositionen. Aber selbst dieser Moment war mehr dramatischer, als erregter Natur. Eingehend auf jede einzelne Tarifposition, gab er den Zuhörern ein objektives, sowie inhaltreiches Bild von dem Redeturnier, das von den beiderseitigen Interessenten zupacken ihrer Mandatgeber ausgefochten wurde. Mit der Anforderung, abzuwägen, ob der abzuschließende Tarif nicht nur speziell für Nürnberg, sondern auch für die gesamte deutsche Kollegenschaft, das bringt, was erhofft und dringend notwendig ist, schloß er seinen eingehenden Bericht. Kollege Sinaat als Leiter der Versammlung verzichtete, im Auftrag der Verwaltung, durch Gegenüberstellung der jetzigen Löhne im Vergleich mit den durch die Tarifmindestlöhne in Zukunft sich gestaltenden Löhnen, für die Annahme des Tarifes einzutreten.

Die Kritik war eine erbarmungslose, was unsomehr heißen will, da die Kollegen infolge des Eiltempo bei der Fertigstellung des Tarifes zuvor von keiner Seite beeinflusst werden konnten. Sie kamen, hörten und sollten abstimmen. War schon der Punkt Mindestlohn nicht geeignet, eine zufriedene Stimmung auszulösen, so stieß der Nachsatz: »Bei nicht voll leistungsfähigen« usw. noch mehr auf Widerspruch. Ebensovienig war die Ferienfrage geeignet, die Zufriedenheit zu wecken, von steigern ganz zu schweigen. Denn gerade auf diese hatten die alten Kollegen ihre ganze Erwartung gestellt. Mit der Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde fand man sich fast stillschweigend ab. Als man aber hörte, daß diese Stunde nur erreicht werden konnte für die Bestimmungen, wie sie der § 14, Abs. 7, zum Ausdruck bringt, da war die Geduld der Kollegen beim Teufel, zumal die Hoffnung, die gerade in diesem Punkt einige Verwaltungsmglieder auf den Absatz 1 des § 14 als Schutzwall setzten, von dem Berichterstatter zerstört werden mußte. Lieber 48 Stunden arbeiten, so sagte man, als diese unwürdige Bestimmung. Dieselbe Gegenliebe fand der Absatz 11 des § 14. Das sind die hauptsächlichsten Schönheitsfehler, die den Tarifentwurf unannehmbar machen, von den anderen, im Interesse des Raumes, ganz zu schweigen.

Selbst der Hinweis des Berichterstatters, daß man sich durch die Tatsache, daß der Tarif nur auf ein Jahr abgeschlossen werden soll, mit manchem aussöhnen könnte, fand nur den heftigsten Widerspruch. »Nicht einen Tag« lauteten die erregten Zurufe.

Diejenigen, welche mit der Annahme rechneten, waren gründlich bekehrt und selbst die, welche auf eine schwache Minderheit wetteten, verloren. Das Resultat war: 1 Steindrucker, 3 Lithographen in Summa 4 für den Tarifentwurf, 153 Steindrucker, 101 Lithographen, insgesamt 254, dagegen. Dabei darf nicht unerwähnt bleiben, daß dieses Urteil von fast durchweg älteren Kollegen gefällt wurde, da der Nachwuch, der in den Versammlungen vor dem Kriege dank der Lehrlingszuchterei überwog, durch die Kriegseinwirkungen beinahe ganz ausgeschaltet, fehlte. Will die Gegenseite einen Tarif, aus der Erkenntnis heraus, daß das Gewerbe der inneren Ruhe bedarf, wohlan, wir Nürnberger sind bereit, uns diese Ansicht zu eigen zu machen. Aber dann auch tarifliche Vereinbarungen, die wirklich Ruhe bringen und nicht die grollende Zudrucksruhe.

Offenbach a. M., Lithographen und Steindrucker. In der am 11. Juni tagenden Versammlung nahmen die hiesigen Kollegen Stellung zu dem Tarif. Nachdem der Vorsitzende den Tarifvertrag zur Kenntnis gebracht hatte, setzte eine rege Debatte ein. Es wurde besonders bedauert, daß die Lehrzeit nicht auf 3 Jahre durchgesetzt wurde, sowie daß die 46-stündige Arbeitszeit nicht zum mindesten erreicht sei und so mancher Paragraph darin enthalten wäre daß der Vertrag wertlos, abgelehnt zu werden. Der Gaukler Kollege Hoesel gab kurz einen Überblick über die Verhandlungen und über die Schwierigkeiten, die den Unternehmern gegenüber zu überwinden waren. Besonders die Vorteile, die die Kollegen durch diesen Tarifvertrag erreicht hätten, hob der Kollege Hoesel hervor. »Nicht alle« sollte keine Wirkung; die Kollegen erklärten, wenn die Unternehmer so großes Interesse daran hätten, so müßten sie den Vertrag, wenn er abgelehnt wird, einer nochmaligen Revision unterziehen. Einstimmig stimmte die Erschienenen folgender Resolution zu:

»Die Mitgliedschaft Offenbach nimmt eingehend Kenntnis von den Tarifvereinbarungen, die vom

26. bis 31. Mai von beiden Parteien festgelegt wurden. Die Kollegen erkennen an, daß für die allerrückständigsten Druckorte ein wesentlicher Vorteil erzielt worden sei; aber für alle größeren vorangeschrittenen Mitgliedschaften, die durch eigene Kraft ganz bedeutende Verbesserungen, weit über dem jetzigen Vertrag, erzielt hätten, könnte der neue Vertrag höchstens als Hindernis angesehen werden.

Wir protestieren gegen solche Vereinbarungen wie den Punkt 2: »Die Arbeitszeit beträgt an Sonnabenden 7 Stunden.« Da an vielen Orten die 4- und 6-Stundenschicht durch örtliches Vorgehen vereinbart worden ist, kann dieser Paragraph nur für zurückgebliebene Gegenden Geltung haben.

Punkt 3, Ortszuschläge. Offenbach gehört zu den kleinen Städten, grenzt aber direkt an Frankfurt a. M. und gehört zu dessen Wirtschaftsgebiet. Es muß unbedingt in die Ortsstaffel von 20 Proz. statt 7 1/2 Proz. kommen.

Punkt 4. Bei Überstunden, welche schon vor zehn Jahren mit 25 Proz. Zuschlag bezahlt wurden, ist die jetztige Festlegung als völlig ungenügend zurückzuweisen.

Punkt 7. Zur Gewährung von Ferien wird die Spannung von 3 bis 10 Jahren als weitgehend angesehen, sowie der Höchstsatz von 9 Tagen als unzureichend betrachtet, wo selbst die Buchdrucker und der Hilfsarbeiterverband bei ihren letzten Vereinbarungen Ferien bis 15 Tagen festgelegt haben.

Punkt 14, Abs. 7: Bedienung von 2 Maschinen, Stück- und Prämienarbeit müssen von der gesamten Kollegenschaft zurückgewiesen werden. Soll aber dieser Tarif zur Annahme gelangen, so muß es Aufgabe der Kollegenschaft sein, nach Ablauf der Gültigkeitsdauer dafür zu sorgen, daß diese Paragraphen verschwinden.

Die photomech. Fächer.

Allgemeine Gedanken über die zukünftigen Ausbildungsmethoden der Chemigraphenlehrlinge.

I. Nachstehenden Beitrag zur Lehrlingsfrage in unserem Beruf verdanken wir der liebenswürdigen Mitarbeit des Direktors der Firma F. Bruckmann, München, Herr Götz, war Mitglied der gemischten Kommission zur Untersuchung des Lehrlingswesens und Schaffung von Grundlagen zum Reglement derselben auf der Tarifausschussleitung. Wir begrüßen seine Ausführungen und Anregungen um so lebhafter, als sie im allgemeinen eine Betätigung und schätzenswerte Vertiefung der Anschauungen der Gehilfen bedeuten. Eine Differenz ergibt sich nur über die Dauer der Lehrzeit. Mit dieser geringen Einschränkung empfehlen wir die nachfolgenden Ausführungen allseitiger Beachtung. Die Redaktion.

Vielseitige Ausbildung. Das Verlangen der Gehilfenschaft nach einer systematisch geregelten vielseitigen Ausbildung der Chemigraphen-Lehrlinge ist in Anbetracht des oben erwähnten weitgesteckten Zieles ein gesundes; die inzwischen in einigen Kreisen dieser Körperschaft einsetzende Agitation für eine Reduktion der bisher vierjährigen Lehrzeit auf drei Jahre trägt dagegen den praktischen Durchführungsmöglichkeiten jenes Gedankens viel zu wenig Rechnung.

Die Lehrzeit muß zur Erfüllung einer vielseitigen Ausbildung unbedingt eine vierjährige bleiben! Würde die Ausbildung der Lehrlinge wie bisher im reinen Spezialistentum erfolgen, dann wären drei Jahre allerdings nicht nur ausreichend, sondern in manchen Sparten sogar übergenug. Früher wurde ja der Lehrling nur in einem Spezialfach ausgebildet und erreichte dann häufig schon im dritten Jahre eine sehr ansehnliche Fertigkeit. Bei der vielseitigen Ausbildung müssen aber mindestens schon zwei Jahre auf eine allgemeine, der Orientierung gewidmete Ausbildung in verschiedenen Sparten aufgewendet werden, denn sonst ist es dem Lehrling unmöglich, in einer derselben überhaupt Wurzel zu fassen. Erst dann kann festgestellt werden, zu welcher Spezialsparte er die meiste Neigung und in welcher er das größte Maß von Talent entwickelt hat und sollte dann eine endgültige Ausbildung in den letzten beiden Jahren in der ihm erwiesenermaßen am meisten liegenden Sparte erfolgen. Der bisher oberflächlich einseitige Ausbildungsmodus würde also damit dienen, dem komplizierten Spartenangang unseres Gewerbe entsprechenden, festgelegten nach strengen Prinzipien durchgeführten Lehrplan weichen müssen.

Verminderung der Spartenzahl. Die praktische Durchführbarkeit dieses umfassenderen Lehrplanes würde sich natürlich umso einfacher gestalten, wenn die in der Mündner Gehilfenversammlung vom 16. Mai einstimmig gefaßte Resolution Tarifkraft erhält, nach welcher die bisherige Spartenerteilung in Zukunft auf nur fünf Generalsparten veretelt wird. Diese Spartenerteilung soll zerfallen in: 1. Photographie und Kople. 2. Retusche. 3. Aizerel. 4. Druckerei. 5. Montage, Fräser und Hilfskräfte.

Um sich aber ein klares Bild zu machen über die Grenzen, die der Aufnahmefähigkeit des Lehrlings entsprechend im neuen Lehrplan gesteckt werden dürfen, ist es angebracht, sich vorher einen kurzen Überblick über die notwendigsten Zusammenhänge der einzelnen Sparten vor Augen zu führen.

Die Sparte I (Photographie und Kopie) ist der rein photomechanische, aber auch der grundlegende Teil unseres Gewerbes. Die erste Anätzung des Mittel, die erlangte Kopie auf Metall druckbar zu gestalten. Der Vorgang der Anätzung schiebt sich also zwischen die Sparte 1 und Sparte 3 (Ätzeri).

Praktisch gesprochen fällt die Ätzeri (Ton- und Farbätzen) unter den Begriff der Platten-Retusche. Sie korrigiert durch Nachätzungen die in der Photographie und Kopie falsch oder ungenügend reproduzierten Tonwerte des Originals. In ihrer vollendetsten Durchführung korrigieren sie die Unzulänglichkeiten der rein photomechanischen Ergebnisse dergestalt, daß die dabei angewandte Handarbeit nicht sichtbar oder störend in die Erscheinung tritt. Am kompliziertesten von beiden ist die Buntätzung, die neben der manuellen Geschicklichkeit und dem Sinn für feine Tonabstufung auch das nötige Verständnis für die Ergebnisse des Übereinanderdruckes verschiedenartiger Tonwerte in den Farbskalen des Drei- resp. Vierfarbendruckes voraussetzt. Die von ihr angewandten Hilfsmittel beschränken sich auch nicht (wie bei der Schwarztonätzung) allein auf das Korrekturätzen, sie erfordern häufig auch in ausgedehnterem Maße die Beherrschung der Stich- und Roulettetechnik.

Diese nachträglich auf den Druckplatten erfolgende Retusche hat nicht das geringste gemein mit den Vorgängen der als Sparte 2 klassifizierten »Retusche«, die lediglich eine Verbesserung ungenügenden Vorlagematerials bezweckt und die auf rein zeitweiser Grundlage beruht. Ihre einzige Abart ist die sogenannte Zink-Retusche, die die Kontrolle und Korrektur von Metallkopien vor deren Anätzung durchführt. Beide stehen mit den eigentlichen Vorgängen der Chemigraphie in nur nebensächlichem Zusammenhang; sie sind ein Beruf für sich. Die schon bei der Einstellung dafür bestimmten Lehrlinge können daher auch ohne weiteres in derselben einseitig ausgebildet werden. Ganz das gleiche trifft auch bei der Sparte 5 »Montage und Fräsen« zu, die ebenfalls nur Erziehungssparte ist.

Etwas anders verhält es sich mit der unter 4 angegebenen Sparte »Druckerei«. In der Druckplattenerzeugung spielt sie doch etwas mehr als nur Nebenrolle. Sie soll dem Ätzer oder »Fertigmacher«, (wie der Amerikaner treffend den Nachschneider nennt) den Druckzustand und Inhalt seiner Platte zeigen, sowie dem später kommenden Auflegerdrucker zeigen, was er im Maschinendruck aus derselben herauszuholen hat. Der Lehrling sollte also doch eine gewisse Kenntnis davon haben. Der Ätzerlehrling, der selbst einen guten Probeindruck von seiner Platte zu machen imstande ist, geht zweifellos mit viel klarerem Bewußtsein in seiner Ätzerarbeit vor, als derjenige, der von diesen Zusammenhängen praktisch nichts erfaßt hat und unsere besten Handdrucker sind auch immer die, die eine Ätzung herauszuholen selbst imstande sind. Das ist eine alte, praktische Erfahrung, die sich übrigens auch in der Leutenot der Kriegszeit jedem Beobachter eindringlich gezeigt hat.

Für den Chemigraphenlehrling kommen also bei der gedachten vielseitigen Anlernung zunächst und in erster Linie diejenigen Sparten in Betracht, die sich mit dem rein photomechanischen Teil des Gewerbes befassen und zwar die Photographie, Kopie, Ätzeri und in beschränktem Maße auch der Druck; alle übrigen nur insofern, als er sie im Zusammenhange mit der grundlegenden Photomechanik kennen lernen muß. Es teilt sich also das zu Erlernende in zwei Gruppen: Der grundlegende photomechanische Teil und der rein handwerkliche, der die Fehler des ersteren zu beseitigen hat.

Im ersten Teil (Photographie, Kopie und Anätzung) muß durch verständige Handhabung der drei aufeinander folgenden Arbeitsgänge angestrebt werden, daß die später folgende Korrekturarbeit möglichst reduziert wird. Damit kann der Hebel für die Einsparung unnötiger Herstellungskosten angesetzt werden. Aufgabe der oft große handwerkliche Geschicklichkeit und Kunstverständnis erfordernden Korrekturarbeit des

zweiten Teiles ist es, die Druckplatten einer möglichststen Qualitätshöhe entgegenzuführen.

In diesen Sätzen ist die Grenze dessen, was dem Lehrling bei einer vielseitigen Ausbildung in vierjähriger Lehrzeit beigebracht werden soll, enthalten. Ist einmal ein zukünftiges Gehilfenpersonal in diesem Sinne zu einem besseren Verständnis der inneren Zusammenhänge zwischen den einzelnen Sparten erzogen worden als das bisher einseitig ausgebildete, dann wird der durchschnittliche Qualitätsausfall auch zweifellos im allgemeinen wesentlich dadurch gehoben werden können. Das wäre sogar erst recht bei der Anwendung eines der berühmten Taylor-Systeme der Fall, die ja ebenfalls alle die methodische Verfeinerung des vielgestaltigen Räderwerkes komplizierter Betriebsgänge bezwecken und deren Endaufgabe die Erzielung höchster Qualitätsleistungen bei gesteigerter Qualität darstellt. Je mühseloser hohe Qualitätsleistungen erzielt werden können, desto gesünder und gewinnbringender ist das Gewerbe. Desto begehrt werden auch seine Erzeugnisse. Schwerefällig unter unzureichenden Methoden schleppt sich der Gehilfe durch. Aber auch der Unternehmer zieht sich davon zurück und sucht lukrativere Gebiete auf. So war es mit der Lithographie und mit dem Holzschnitt und so wird es auch immer bleiben.

Ortsberichte.

Leipzig, Lichtdrucker. Am 11. Juni nahmen wir in unserer Versammlung den Bericht unseres Vertreters von den Verhandlungen des Tarifausschusses entgegen. Erzielte Verbesserungen seien die vereinbarte Lohnskala, Einführung obligatorischer Ferien, Erhöhung des Zuschlags für Überstunden, Verbot der Hausarbeit und die kurze Tariffdauer. Bezüglich Verkürzung der Arbeitszeit und der Lehrzeit konnten die Gehilfenvertreter trotz aller triftigen ins Feld geführten Gründe kein Zugeständnis erreichen. Neu sei der bedingte Zwangscharakter des Tarifes, von dem die Unternehmervertreter den Eintritt in die Verhandlungen abhängig machten. Die Gehilfenvertreter glaubten, hieran die Verhandlungen nicht scheitern lassen zu können. Eine Unterzeichnung des Vertrages schien ihnen aber bedenklich und wollten sie erst eine Abstimmung von den Gehilfen im Reiche vor sich gehen lassen, die jetzt das entscheidende Wort zu sprechen hätten.

Die Kollegen brachten in der Diskussion zum Ausdruck, daß die Verhandlungsbasis bei Tarifabschlüssen deutlich die Taktik der Unternehmer und der Gewerkschaftsbeamten in Erscheinung treten lasse, den Produktionsprozeß zu sichern. Dieser Tendenz könne man abwartend gegenüberstehen, da die ökonomische Entwicklung ihre eigenen Gesetze hat, die durch Palliativmittel für die Dauer nicht aufzuhalten ist. Scharfe Kritik geübt wurde allseitig daran, daß Leipzig in die zweite Staffel für den Ortszuschlag gebracht wurde. Es steht nachweisbar fest, daß Leipzig mit am schlechtesten von allen Großstädten in der Lebensmittelversorgung dastehe, seine Bevölkerung ist in erhöhtem Maße angewiesen, Lebensmittel im Schleichhandel mit seinen übertriebenen Preisen zu erwerben, mindestens ist das Leipziger Plaster nicht billiger wie das Berliner. Sämtliche Kollegen brachten einmütig zum Ausdruck, falls die Unternehmer von der Eventualität der Anrechnung früherer Zulagen auf die jetzt zu zahlende nicht Abstand nehmen, sie sich sofort beschwerdeführend an das Tarifamt wenden würden. Anerkannt wurde, daß die Gehilfenvertreter fest blieben und die Einführung der Prämienarbeit illusorisch machten. Auf den Einwand, daß man jetzt doch unmöglich die Löhne für ein Jahr festlegen könne, hob unser Vertreter hervor, daß die Löhne einer vierteljährlichen Revision unterliegen, das sei jedenfalls versehentlich nicht mehr in den gedruckt vorliegenden Hauptvorstandsbericht gekommen. (In dieser Form ist keine Festlegung erfolgt, wohl aber ist die Nachprüfung der Lohnverhältnisse bei veränderten Verhältnissen den Tarifinstanzen übertragen worden. Die Redaktion.) Jedenfalls würden alle Punkte nochmals durchgesehen, bevor die Unterschrift voll-

zogen wird. Ein Debatteredner sieht in der Lohn- und Lehrungsposition die Widerspiegelung unserer Berufsverhältnisse. Entgegen der Ansicht des Hauptvorstandes könne er das Zugeständnis in der Lohnfrage als nicht so günstig ansehen, da heute in Leipzig jedem Schuhmachergesellen 100 Mark Wochenlohn geboten wird, während andere Arbeiterkategorien noch weit höher entlohnt werden. Unverständlich erscheint allen Kollegen, daß gar kein Entgegenkommen in der Lehringsskala erzielt wurde, steht doch unumstößlich fest, daß unser Beruf völlig stagniert, daß schon eine erhebliche Zahl Kollegen den Beruf verlassen haben. Wir haben sogar zu verzeichnen, daß Lichtdruckmaschinenmeister im Notendruck beschäftigt werden. Mit Bedauern wird festgestellt, daß sämtliche Leipziger Anträge zur Verbesserung des Tarifes völlig unberücksichtigt blieben. Kollege Karl Herbst vom Verbandsbüro erkannte die vorgebrachten Motive an, empfahl aber dennoch die Annahme des Tarifes, da er immerhin um ein erhebliches besser sei, wie der im Steindruck abgeschlossene. Auch solle man während der Tariffdauer die gemachten Erfahrungen verwenden, um beim nächsten Abschluß oder Revision Verbesserungen zu erzielen. Die vorgenommene Abstimmung ergab die Annahme des Tarifes mit großer Majorität. — Der Vorsitzende wies unter Verschiedenes noch darauf hin, daß in Kürze eine weitere Versammlung stattfindet, zwecks Stellungnahme zur Generalversammlung.

Adressen-Änderungen.

- 1. Nachtrag zum Adressen-Verzeichnis der Auskunfts-erteiler (siehe Graphische Presse Nr. 23.)
- Zur Beachtung! Jede Adressenänderung ist sofort an den Hauptvorstand des Verbandes der Lithographen, Steindruck- und verw. Berufe, Berlin N. 24, Elsaßstraße 80-88, III, zu berichten.
- Barmen-Elberfeld, Chem.:** Paul Thube, Barmen, Bartholomäusstraße 21, III.
- Berlin-Lichter:** Alfred Buch, NO. 43, Liniestr. 2.
- Duisburg:** Carl Kruse, Beekstraße 69, Eingang Müllergäßchen.
- Essen a. Ruhr:** Heinr. Kampf, Spornstraße 32.
- Glogau:** Paul Krakau, Kartograph, Noßwitz bei Glogau i. Schl.
- Magdeburg, Lith. u. Stdr.:** Gustav Lochstampfer, Bahnhofstraße 49, III.
- „ **Chemigr.:** Kurt Köhler, Kl. Diesdorferstraße 29, I.
- „ **Lichter:** Friedr. Müller, Moldenstr. 14
- Mügel, Bez. Dresden:** Oskar Winkler, Bismarckstraße 33 part.
- Nürnberg, Chemigr. u. Kupferdr.:** A. Dunker, Müllerstraße 28.
- Schlettau i. Erzg.:** Emil Mitte, Königsplatz 46.
- Selb i. Bayern:** Andr. Mädler, Gartenstr. 18 pt.
- Gehilfenvertreter des Tarif-Ausschusses für Deutschlands Chemigr. u. Kupferdrucker:**
- Kreis I: Otto Geyer, Mariendorf b. Berlin, Dorfstraße 36.
- Kreis III: Josef Burgstaller, München, Kazmalstr. 8.

Feuilleton.

Eingegangene Schriften.

Der Arbeitersozialismus und die Weltrevolution. Briefe an die deutschen Arbeiter von Parvus. IV. Der Friede und der Sozialismus. Preis 70 Pfg. 1919. Berlin SW. 68, Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H. Bisher erschienen in der gleichen Sammlung folgende Briefe: 1. Die wirtschaftliche Überwindung des Kapitalismus. 2. Sozialismus und Bolschewismus. 2 Briefe in einem Hefte. Preis 50 Pfg. — 3. Die Entfaltung des sozialistischen Wirtschaftssystems. Preis 40 Pfg.

Erstklassige Farbenätzer
und
Maschinenretuscheure
zum sofortigen Antritt gesucht.
Dr. Selle & Co., Berlin,
Zossenerstr. 55

Andrucker
erste Kraft, für Schwarz-, 3- und 4-Farben-Auto sofort gesucht. Angebot mit Zeugnis-Ab-schri-fen und Lohnforderungen an
Gustav Heß, Graphische Kunstanstalt,
Frankfurt am Main, Stiftstraße 29/33.

Tüchtiger Andrucker
für Farben gesucht, der absolut sicher und rationell arbeitet, desgleichen ein
Metallretuscheur.
Eberhard Schreiber, Leipzig,
Taubchenweg 26.

Tücht. Offsetdrucker
für farbige Arbeiten sofort gesucht.
Georg Westermann, Braunschweig.
Wir sagen unsern Kollegen
ADOLF BUSCH
ein
herzliches Lebewohl
und wünschen ihm viel Glück in seinem neuen Wirkungskreis.
Die Kollegen der Zahlstelle
Würzburg. I. A.: Ug. Rees.

„Betromit“ Schnelltrockenmittel, „Extrakt“ trocknet nicht ein, bildet selbst bei langsamem Verbrauch keine Haut, kann restlos verbraucht werden.
„Steingummi“ füllsüg, Ersatz für echtes Gummisarcum, stets gebrauchsfertig, zum Präparieren von Lithographiesteinen, Zink- und Aluminiumplatten.
„Enoldin“ — Druckpaste — speziell für schlecht zu verdreckende Farben u. Papiere.
„Enol“ Drucktinktur sehr geeignet für Bronzedruck.
„Goljad“ vorzügliches Reinigungs- u. Auswaschmittel ist wasserhell, milde im Geruch, und nicht feuergefährlich.
empfehl
H. Schnurr, Hamburg 22, Richardstraße 49.
Fabrik chem. techn. Präparate für Druckereten.

ZINKDRUCKPLATTEN
In Zinkätze, Auswaschtinktur, Neuschleifen gebrauchter Platten.
— Zinkdruckverfahren. Anleitung und Auskunft kostenlos. —
KARL MESS, G. m. b. H., BERLIN S. 36, Wiener Straße 50.
Fernruf: Moritzplatz 12285.